

## Fragen

**für die Fragestunde der 159. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 7. Mai 2008**

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25	Müller, Kerstin (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5	Pau, Petra (DIE LINKE.)	30
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	33, 34	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	38	Ramelow, Bodo (DIE LINKE.)	9, 10
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	21, 22	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	6, 20
Dr. Geisen, Edmund Peter (FDP)	13, 14	Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26
Goldmann, Hans-Michael (FDP)	15, 16	Stokar von Neuforn, Silke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29
Dr. Happach-Kasan, Christel (FDP)	11, 12	Straubinger, Max (CDU/CSU)	18, 19
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	3, 4	Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 17		
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	36, 37		
Lenke, Ina (FDP)	1		
Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	27, 35		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	3
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes .....	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz .....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern .....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	10

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordnete  
**Ina  
Lenke**  
(FDP)
- Welche konkreten Maßnahmen will die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen, zur Erweiterung der Väterkomponente ergreifen, und werden diese eine Ausweitung der Bezugsdauer des Elterngeldes über zwölf Mütter- und zwei Vätermonate hinaus zur Folge haben, oder sollen die Vätermonate innerhalb der jetzigen Elterngeldzeit und zu Lasten der Elternzeit der Mutter ausgeweitet werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

2. Abgeordnete  
**Bärbel  
Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Inhalte und Ziele soll das vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, angekündigte bilaterale Bioenergie-Abkommen mit Brasilien haben, und wo soll das importierte Bioethanol konkret zum Einsatz kommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung  
und Forschung**

3. Abgeordnete  
**Cornelia  
Hirsch**  
(DIE LINKE.)
- Wird sich die Bundesregierung einer Zusammenarbeit (etwa in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, aber auch in weiteren Bund-Länder-Kooperationen im Bildungsbereich wie der Exzellenzinitiative oder dem Hochschulpakt) mit Landeskultusministern verweigern, die offen eine rechte Gesinnung zur Schau tragen und den Holocaust verharmlosen wie im Fall des designierten Landeskultusministers Peter Krause aus Thüringen (bitte begründen)?
4. Abgeordnete  
**Cornelia  
Hirsch**  
(DIE LINKE.)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, dass, wie die vorab bekannt gewordenen Ergebnisse der „Eurostudent-III“-Studie zeigen (vgl. die tageszeitung vom 30. April 2008), in kaum einem der 23 anderen untersuchten Länder die soziale Herkunft so stark darüber entscheidet, wer auf eine Hochschule kommt bzw. die Auslese bis zur Hochschule so

extrem praktiziert wird wie in Deutschland (nur Österreich und Litauen „übertreffen“ die Ergebnisse für Deutschland)?

### **Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes**

5. Abgeordneter  
**Volker Beck**  
**(Köln)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich das Bundespresseamt in der Güteverhandlung vor dem Arbeitsgericht Berlin am 5. Mai 2008 zur Klage einer langjährig im Besucherdienst beschäftigten Person verhalten, der nach Bekanntwerden ihrer Transsexualität alle weiteren Aufträge entzogen wurden, und wie verträgt sich die Diskriminierung von Transsexuellen durch Stellen des Bundes mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

6. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Beschäftigte im Pflegebereich (einschließlich kirchliche Arbeitgeber) werden nach Kenntnis der Bundesregierung auf der Basis von Tarifverträgen bezahlt, und wie hoch sind die durchschnittlichen Stundenlöhne (aufgeschlüsselt nach ambulanter, stationärer und teilstationärer Pflege)?\*)
7. Abgeordnete  
**Brigitte Pothmer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung bezüglich der Definition von Vollbeschäftigung die Auffassung vom Bundesminister für Arbeit und Soziales, Olaf Scholz, der am 18. April 2008 erklärt hat: „Für mich bedeutet Vollbeschäftigung, wenn jeder nach spätestens einem Jahr einen neuen Job findet“, die des Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, der am 21. April 2008 auf die Frage, was für ihn Vollbeschäftigung bedeute, geantwortet hat: „3 bis 4 Prozent Arbeitslosigkeit.“, oder welche andere Definition von Vollbeschäftigung hat die Bundesregierung?

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 20.

8. Abgeordnete  
**Brigitte Pothmer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Geht die Bundesregierung so wie der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, davon aus, dass Vollbeschäftigung im nächsten Jahrzehnt zu erreichen ist, auch wenn sie wie Michael Glos selbst für 2009 nur noch mit einem geringeren Abbau der Arbeitslosigkeit rechnet, und welche konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um das Ziel Vollbeschäftigung in absehbarer Zeit zu erreichen?
9. Abgeordneter  
**Bodo Ramelow**  
(DIE LINKE.)
- Welche Definition verwendet die Bundesregierung für den bestehenden arbeitsrechtlichen Sonderstatus (Dritter Weg) für die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände, und trifft diese Definition des Tendenzschutzes auch auf die bestehenden Leiharbeiterfirmen der Kirchen zu?
10. Abgeordneter  
**Bodo Ramelow**  
(DIE LINKE.)
- Würde angesicht des arbeitsrechtlichen Sonderstatus der Kirchen (Dritter Weg), der sich aus dem Artikel 140 des Grundgesetzes herleitet, ein Mindestlohn (gesetzlicher oder branchenspezifischer nach dem Entsendegesetz) aus Sicht der Bundesregierung auch für Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände gelten?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

11. Abgeordnete  
**Dr. Christel Happach-Kasan**  
(FDP)
- Ist die Bundesregierung für ein Auslaufen der Milchquote zum 31. März 2015?
12. Abgeordnete  
**Dr. Christel Happach-Kasan**  
(FDP)
- Welche Maßnahmen und mit welchem Erfolg hat die Bundesregierung auf europäischer Ebene im Rahmen der Verhandlungen zum Gesundheits-Check ergriffen, um die Abschaffung der Milchquote zum 31. März 2015 durchzusetzen?

13. Abgeordneter  
**Dr. Edmund Peter Geisen**  
(FDP)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass mit dem Ende der Milchquote 2015 die milchproduzierenden Betriebe in Deutschland gestärkt werden können, da sie von den bisherigen Milchquotenpreisen befreit werden und stärker von den weltweiten Agrarmärkten profitieren können?
14. Abgeordneter  
**Dr. Edmund Peter Geisen**  
(FDP)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, dass ein staatliches Mengenregulierungssystem wie die Milchquote künftig noch kompatibel mit der marktwirtschaftlichen Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik in Europa ist?
15. Abgeordneter  
**Hans-Michael Goldmann**  
(FDP)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, dass der „Staat“ direkt auf Preise wie z. B. den Milchpreis Einfluss nehmen sollte, und falls ja, in welcher Form?
16. Abgeordneter  
**Hans-Michael Goldmann**  
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Wirkung des Gesetzes zum Verbot des Verkaufs unter Einstandspreis zur Verhinderung so genannter Dumpingpreise bei Milch?
17. Abgeordnete  
**Bärbel Höhn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist die Verordnung zur Kennzeichnung „Ohne Gentechnik“ am 1. Mai 2008 in Kraft getreten, und falls nicht, wann ist damit voraussichtlich zu rechnen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

18. Abgeordneter  
**Max Straubinger**  
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, dass der BKK Gesundheit in Dresden durch Aufnahme ehemaliger Versicherter ein Beitragsrückstand von über 700 000 Euro entstanden ist?
19. Abgeordneter  
**Max Straubinger**  
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über Beitragsrückstände und deren Umfang bei anderen gesetzlichen Krankenversicherungen, welche durch Aufnahme ehemaliger Nichtversicherter verursacht wurden?

20. Abgeordneter  
**Dr. Ilja Seifert**  
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen hat nach Auffassung der Bundesregierung die Einführung eines Mindestlohnes in der Pflege für die Pflegeleistungsempfängerinnen, Pflegeleistungsempfänger, die Beschäftigten, die Pflegeleistungserbringer und die Pflegekassen?\*)

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

21. Abgeordneter  
**Wolfgang Gehrcke**  
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung den Bericht der Nachrichtenagentur „Reuters“ vom 29. April 2008 bestätigen, dass die Verlängerung des Afghanistan-Mandates bereits im Juni 2008 erfolgen soll?
22. Abgeordneter  
**Wolfgang Gehrcke**  
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung, wie es die Nachrichtenagentur „Reuters“ berichtet, eine Erhöhung der Obergrenze, die Zahl der Einsatzkräfte betreffend, des Afghanistan-Mandates?
23. Abgeordnete  
**Kerstin Müller**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung zur Umsetzung der bestehenden Sanktionen der VN und EU, die u. a. gegenüber der im Ostkongo aktiven Milizen der Forces Démocratiques de Libération du Ruanda (FDLR) bestehen, und was unternimmt sie speziell gegenüber ihrem in Deutschland lebenden Präsidenten Dr. Ignace Murwanashyaka, der offensichtlich weiterhin unbehelligt politisch tätig sein kann, obwohl er sogar namentlich auf den Sanktionslisten von VN und EU geführt wird und unter der Auflage steht, sich in Deutschland politisch nicht zu betätigen?
24. Abgeordnete  
**Kerstin Müller**  
(Köln)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Strategie verfolgt die Bundesregierung zur Stabilisierung und Befriedung der Demokratischen Republik Kongo, vor allem des Ostkongo und Ruandas mit Blick auf die zentrale Problematik der FDLR?

---

\*) Siehe hierzu auch Frage 6.

25. Abgeordnete  
**Marieluise Beck**  
**(Bremen)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe sind der Bundesregierung bekannt, warum, nachdem die Kommission im September 2007 Abkommen über Visaserleichterungen mit allen Staaten des Westlichen Balkans ausgehandelt hat und diese im Januar 2008 in Kraft getreten sind, der im November 2007 für jeden der Balkanstaaten angekündigte Dialog für eine Aufhebung der Visumpflicht mit Serbien im Januar 2008 begonnen und der entsprechende Fahrplan am 24. April 2008 beschlossen wurde, der Dialog mit Bosnien-Herzegowina dagegen noch nicht einmal begonnen hat?
26. Abgeordneter  
**Rainer Steenblock**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum ist die Bundesrepublik Deutschland bei den EU-Ministerratsitzungen während der 16. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages bei den beim Europäischen Rat in Sevilla 2002 festgelegten neun Ratsformationen so unregelmäßig auf Ministeriebene vertreten (siehe Antwort auf meine schriftliche Frage 8 auf Bundestagsdrucksache 16/8717)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

27. Abgeordnete  
**Dr. Gesine Lötzsch**  
(DIE LINKE.)
- Auf welche Weise wird die Bundesregierung den 8. Mai, den Tag der Befreiung vom Faschismus, in diesem Jahr begehen, und wie werden Vertreter der Anti-Hitler-Koalition und Verfolgte des Naziregimes in die Aktivitäten der Bundesregierung einbezogen?
28. Abgeordnete  
**Silke Stokar von Neuforn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Sicherheitserkenntnisse haben die Bundesregierung dazu veranlasst, ein Datenaustauschabkommen mit den USA zu parafieren, das in Artikel 12 des Abkommens zusagt, „personenbezogene Daten, aus denen die Rasse oder ethnische Herkunft, politische Anschauungen, religiöse oder sonstige Überzeugungen oder die Mitgliedschaft in Gewerkschaften hervorgeht oder die die Gesundheit und das Sexualleben betreffen ...“ an die Geheimdienste der USA zu liefern?
29. Abgeordnete  
**Silke Stokar von Neuforn**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass Daten über die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft in irgendeinem relevanten Zusammenhang mit der Bekämpfung des internationalen Terrorismus stehen?



30. Abgeordnete  
**Petra Pau**  
(DIE LINKE.)
- Von welchen Sicherheitsbehörden einschließlich deren Kooperationseinrichtungen wie dem Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum und anderen Behörden werden auf welcher Rechtsgrundlage in der Bundesrepublik Deutschland personenbezogene Daten erfasst oder verarbeitet, aus denen die „Rasse oder ethnische Herkunft, politische Anschauungen, religiöse oder sonstige Überzeugungen oder die Mitgliedschaft in Gewerkschaften hervorgeht oder die die Gesundheit und das Sexualleben“ betreffen und die im Falle besonderer Relevanz (im Sinne des zitierten Abkommens über die Vertiefung der Zusammenarbeit bei der Verhinderung und Bekämpfung schwerwiegender Kriminalität) an die USA weitergegeben werden können?
31. Abgeordneter  
**Wolfgang Wieland**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie will das Bundesministerium des Innern bei der im „Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt“ vorgesehenen Kompetenz des Bundeskriminalamts (BKA), in Privatwohnungen heimliche Videoaufzeichnungen zu machen, den Schutz des Kernbereichs der privaten Lebensführung gewährleisten?
32. Abgeordneter  
**Wolfgang Wieland**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche erwarteten Ergebnisse des Instruments der Rasterfahndung haben das Bundesministerium des Innern bewogen, es im „Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt“ als Kompetenz für das BKA aufzunehmen, und wieso geht die Bundesregierung davon aus, dass dieses Instrument in Zukunft bessere Ergebnisse bringen wird als in der Vergangenheit?
33. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Trifft es zu, dass in den ersten drei Quartalen nach dem Inkrafttreten des Richtlinienumsetzungsgesetzes am 28. August 2007, vor der Einreise deutsche Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug vorzuweisen, der Nachzug von Ehegatten um mehr als 65 Prozent zurückgegangen ist, wie von den Ausländerbeauftragten der Länder auf der Frühjahrstagung in Mainz am 30. April 2008 beklagt wurde?

34. Abgeordnete  
**Sevim  
Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Was gedenkt die Bundesregierung im Hinblick auf die Forderung der Ausländerbeauftragten der Länder, die Regelung zum Ehegattennachzug mit Deutschkenntnissen als Voraussetzung beim Ehegattennachzug nach einem Jahr zu überprüfen, zu tun?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

35. Abgeordnete  
**Dr. Gesine  
Lötzsch**  
(DIE LINKE.)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, ein erhöhtes Kindergeld durch Absenkung der Ausgaben für das Ehegattensplitting zu finanzieren, und welche weiteren Finanzierungsmöglichkeiten für die Erhöhung des Kindergeldes sieht die Bundesregierung?
36. Abgeordnete  
**Dr. Barbara  
Höll**  
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen ergeben sich nach Ansicht der Bundesregierung aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Februar 2008 zur steuerlichen Abziehbarkeit privater Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge, und wie sehen die Pläne der Bundesregierung zur Umsetzung des Beschlusses im Einzelnen aus?
37. Abgeordnete  
**Dr. Barbara  
Höll**  
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, nach der „Reiche vom Urteil profitieren“ (Süddeutsche Zeitung, 24. April 2008), und wie will sie das verhindern?
38. Abgeordnete  
**Dr. Dagmar  
Enkelmann**  
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Interessenten hat die Bundesregierung, wie vom Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, Ende April 2008 mitgeteilt wurde, bereits Gespräche über den Kauf von Anteilen an der Deutschen Bahn AG geführt, und welche Konditionen sind diesen privaten Erwerbern dabei seitens der Bundesregierung angeboten worden?



